

Arbeitnehmerinteressen und Gewerkschaftsprogrammatik – Was sagt die Empirie?

Hendrik Biebeler / Hagen Lesch, Dezember 2010

Eine Auswertung der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften zeigt, dass in Deutschland zuletzt nur noch jeder fünfte Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert war. Viele Gewerkschaften forcieren deshalb die Werbung neuer Mitglieder. Der relevante Ort der Mitgliedergewinnung ist zwar der Betrieb. Die Beitrittsneigung wird aber auch durch die wirtschaftspolitischen Positionen der Gewerkschaften beeinflusst. Eine Auswertung der wirtschaftspolitischen Einstellungen von Arbeitnehmern ergibt, dass Gewerkschaftsmitglieder Staatseingriffe in den Markt positiver sowie die Bildungschancen und die Folgen der Globalisierung negativer einschätzen als Nicht-Organisierte. Zudem bewerten gewerkschaftlich Organisierte soziale Unterschiede kritischer. Eine Analyse der wirtschaftspolitischen Programmatik zeigt, dass die Gewerkschaften den Einstellungen der Mitglieder stärker Rechnung tragen als denen der Nicht-Organisierten.

Problemstellung und Datenbasis

Im Fokus der deutschen Gewerkschaftsforschung stehen die Mitgliederentwicklung, die Determinanten der Gewerkschaftsmitgliedschaft, die Rolle der Gewerkschaften im System der Arbeitsbeziehungen und die Erneuerung der Gewerkschaften (Knyphausen-Aufseß/Linke/Nikol, 2010). Die folgende Analyse lenkt den Blick auf die wirtschafts- und verteilungspolitischen Präferenzen von Gewerkschaftsmitgliedern im Vergleich zu Nicht-Mitgliedern und stellt diese in einem zweiten Schritt der Gewerkschaftsprogrammatik gegenüber.

Als Grundlage für die Auswertung der Gewerkschaftsprogrammatik werden Reden, Diskussionsbeiträge und Positionspapiere des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) sowie verschiedener Einzelgewerkschaften herangezogen. Die Untersuchung der wirtschaftspolitischen Präferenzen stützt sich auf die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, kurz ALLBUS genannt. Dabei handelt es sich um eine in Westdeutschland seit dem Jahr 1980 im Zwei-Jahres-Rhythmus durchgeführte Befragung. Seit 1991 wird sie auch in Ostdeutschland ausgeführt, seit 1992 ebenfalls im Zwei-Jahres-Rhythmus. Beim ALLBUS handelt es sich nicht um ein Panel. In jeder Befragungswelle wird eine neue

Zufallsstichprobe gezogen. In der letzten Befragung von 2008 wurden fast 2.400 Personen in Westdeutschland und über 1.000 Personen in Ostdeutschland befragt, darunter 950 (West) und knapp 400 (Ost) abhängig Beschäftigte. Der ALLBUS bietet sich zur Mitgliederanalyse an, weil er hinreichend große Befragtenzahlen aufweist, über ausführliche soziodemografische Merkmale verfügt und einen vergleichsweise großen Zeitraum abdeckt. Abgefragt werden auch wirtschafts- und verteilungspolitische Einstellungen, beispielsweise zur Globalisierung, zur Einkommensumverteilung und zur sozialen Sicherung.

Mitgliederstruktur und Wandel der deutschen Gewerkschaften

Tabelle 1 stellt einige Indikatoren zur Mitgliederstruktur der Gewerkschaften zusammen. Im Jahr 2008 lag der Nettoorganisationsgrad – der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer an allen abhängig Beschäftigten – bei 19,3 Prozent. Dabei besteht ein West-Ost-Gefälle. Im Westen liegt er mit 20,8 Prozent deutlich über dem Wert im Osten (15,6 Prozent). Bei den soziodemografischen Merkmalen zeigt sich für Deutschland insgesamt eine überdurchschnittliche Organisationsneigung von Männern gegenüber Frauen, von Vollzeitbeschäftigten gegenüber Teilzeitbeschäftigten sowie von Beamten gegenüber Arbeitern und Angestellten. Außerdem sind die über 50-Jährigen häufiger organisiert als jüngere Altersgruppen. Dieses Muster entspricht auch der Organisationsstruktur in Westdeutschland. Im Osten zeigen sich hingegen Abweichungen davon. Hier sind Frauen häufiger als Männer Gewerkschaftsmitglied. Angestellte sind im Osten fast genauso häufig wie Beamte organisiert und Teilzeitbeschäftigte fast so oft wie Vollzeitbeschäftigte. Arbeiter weisen im Vergleich zu Angestellten und Beamten einen geringen Organisationsgrad auf.

Der Vergleich mit früheren ALLBUS-Auswertungen (Biebeler/Lesch, 2006; Schnabel/Wagner, 2007) zeigt, dass in beiden Regionen der Nettoorganisationsgrad zurückgeht: In den westdeutschen Bundesländern waren es zuletzt 3,9 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2000 und 7,5 Prozentpunkte weniger als 1991. In den ostdeutschen Ländern lag der Organisationsgrad im Jahr 2000 noch bei 18,4 Prozent.

Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren ihre Anstrengungen verstärkt, den Mitgliederschwund zu bremsen oder umzukehren (Greven/Schwetz, 2008; Rehder, 2008; Brinkmann/Nachtwey, 2010; Haipeter, 2010). Der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gelang es, in den Jahren 2008 und 2009 per saldo neue Mitglieder zu gewinnen. Eine solche Trendwende setzt die Nutzung betrieblicher und außerbetrieblicher sozialer Milieus voraus (Visser, 2002; Biebeler/Lesch, 2007). Bei der Nutzung betrieblicher Milieus geht es um die (gezielte) Mitgliederwerbung in den Betrieben. Bei der Nutzung außerbetrieblicher Milieus wird versucht, ein allgemeines gewerkschaftsfreundliches Klima herzustellen. Eine

vom DGB in Auftrag gegebene Studie, die auf einer im Sommer 2007 durchgeführten repräsentativen Befragung von über 5.000 Beschäftigten basiert, zeigt: Die Bindung an eine Gewerkschaft hängt von der Tarifpolitik und dem Einsatz der Gewerkschaft für betriebliche, gesellschaftliche und politische Aufgaben ab (TNS Infratest, 2008, 4 ff.). Dabei ist die arbeits- und betriebsbezogene Tätigkeit in der Beurteilung der Mitglieder besonders wichtig. Gewerkschaften werden von ihrer Mitgliedschaft aber auch in der Pflicht gesehen, gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen, zum Beispiel die Organisierung der Solidarität der Beschäftigten. Erwartet wird ferner die politische Einmischung bei den Themen Arbeit und Beschäftigung, soziale Sicherung, Eindämmung der Gefahren der Globalisierung sowie Erhöhung der Qualität der Bildung und der Chancengleichheit. Die Erwartungen der Mitglieder über politisches Engagement zu erfüllen, ist für die Gewerkschaften schwierig, weil das Ausmaß ihrer politischen Einflussnahme von der jeweils gegebenen politischen Konstellation abhängt. Kaum untersucht ist bislang, wie sich Gewerkschaftsprogrammatik und politische Einflussnahme auf die individuelle Beitrittsneigung auswirken. Nach einer Untersuchung von Biebeler und Lesch (2007) waren die Arbeitnehmer im Zeitraum 1984 bis 2004 zunehmend positiv gegenüber einer wirtschaftsliberalen Grundhaltung eingestellt, und dies hat sich signifikant negativ auf die Wahrscheinlichkeit ausgewirkt, Gewerkschaftsmitglied zu sein.

Tabelle 1

Mitgliederstruktur der Gewerkschaften in Deutschland

Anteil der gewerkschaftlich Organisierten im Jahr 2008 in Prozent der jeweiligen Gruppe

	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
Alle Arbeitnehmer	19,3	20,8	15,6
Männer	20,6	22,6	15,0
Frauen	17,9	18,5	16,6
Vollzeit	20,2	22,1	15,9
Teilzeit	15,2	15,3	15,1
Beamte	26,8	28,1	18,8
Angestellte	18,2	18,0	18,7
Arbeiter	19,0	23,0	11,6
18 bis 29 Jahre	17,1	20,8	7,8
30 bis 39 Jahre	14,2	14,8	12,7
40 bis 49 Jahre	18,3	20,0	13,8
50 Jahre und älter	25,5	26,7	22,3

Quellen: ALLBUS 2008; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Mitgliederbindung ist nur ein Aspekt gewerkschaftlicher Stabilisierung. Ein weiterer ist die Mitgliedergewinnung. Unter den nicht gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten haben laut der Infratest-Umfrage vom Sommer 2007 insgesamt 19 Prozent eine große Affinität zu den Gewerkschaften, 55 Prozent haben ein neutrales Verhältnis und 26 Prozent eine distanzierte bis ablehnende Haltung (TNS Infratest, 2008, 21). Die Gruppe der gewerkschaftsaffinen Nicht-Organisierten hat eine ähnliche Sicht bezüglich der gewerkschaftlichen Aufgaben wie die der Organisierten (TNS Infratest, 2008, 22 ff.). Den höchsten Einfluss auf die Bindung an eine Gewerkschaft haben demnach auch hier die Interessenvertretung der Beschäftigten im Betrieb und die Erfolge bei den Tarifverhandlungen. Aber auch Nicht-Mitglieder favorisieren, dass sich die Gewerkschaften politisch einmischen, vor allem in die Arbeits- und Beschäftigungspolitik. Sie wünschen aber eine größere Überparteilichkeit der Arbeitnehmerbünde als die Mitglieder.

Wirtschaftspolitische Einstellungen der Arbeitnehmer

Im Folgenden wird auf Basis des ALLBUS untersucht, welche wirtschafts- und verteilungspolitischen Einstellungen Organisierte und Nicht-Organisierte haben. Bei den Antworten ist zu berücksichtigen, dass ökonomische Laien anders als Ökonomen urteilen (Enste/Haferkamp/Fetchenhauer, 2009). Eine viel größere Rolle als Effizienzüberlegungen spielen bei Nicht-Ökonomen Fairnessgedanken und Moralvorstellungen, die freilich das Wohlergehen der Mitglieder der eigenen Gruppe höher gewichten als das Schicksal fernstehender Gruppen. Bei der Trennung in Organisierte und Nicht-Organisierte ist zu berücksichtigen, dass beide Gruppen nicht homogen sind. Auswertungen bezüglich typischer Eigenschaften von Gewerkschaftsmitgliedern machen deutlich, dass selbst die Organisierten eine eher heterogene Gruppe sind (Biebeler/Lesch, 2006). Das „typische Gewerkschaftsmitglied“ gibt es nicht mehr (Schnabel/Wagner, 2007). Andere Auswertungen zum Wahlverhalten zeigen, dass Organisierte eher Linksparteien (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke) wählen als die Gesamtheit der Wähler (IW Köln, 2009). Zwar hängt das Wahlverhalten des einzelnen Arbeitnehmers nicht nur von seinen wirtschaftspolitischen, sondern auch von seinen gesellschaftspolitischen Einstellungen ab. Es ist dennoch zu vermuten, dass organisierte Arbeitnehmer eher für eine staatliche Korrektur von Marktprozessen plädieren als Nicht-Organisierte und entsprechend weniger eine wirtschaftsliberale Grundhaltung aufweisen.

In der ALLBUS-Befragungswelle des Jahres 2008 wurde unter anderem danach gefragt, wie Staatseingriffe in den Wirtschaftsablauf beurteilt werden, wie wichtig soziale Sicherung und Umverteilung sind und wie die Globalisierung bewertet wird. Die fünfstufige Antwortskala reichte von „stimme voll zu“ über „weder noch“ bis zu „stimme überhaupt

nicht zu“. Abgefragt wurde auch die Bewertung von Bildungschancen mit den Antwortkategorien „ja“ und „nein“. Die fünf Fragen wurden nach Organisierten und Nicht-Organisierten getrennt ausgewertet, um Aufschluss über mögliche Präferenzunterschiede zu erhalten. Da sich der ALLBUS darauf beschränkt, die Gewerkschaftsmitgliedschaft abzufragen, ist eine Differenzierung zwischen gewerkschaftsaffinen und gewerkschaftskritischen Nicht-Organisierten nicht möglich.

Aufgrund der unterschiedlichen politischen Orientierung ist zu erwarten, dass Organisierte eher befürworten, dass der Staat steuernd in die Wirtschaft eingreift (z. B. durch Konjunkturprogramme), Markteinkommen umverteilt und das Thema „soziale Sicherung“ ganz oben auf die wirtschaftspolitische Agenda setzt. Außerdem sollten Gewerkschaftsmitglieder die Globalisierung kritischer beurteilen, weil die Gewerkschaften zwar die deutschen Exporterfolge anerkennen, gleichzeitig aber bemängeln, dass die abhängig Beschäftigten in Schwellenländern oft sehr gering entlohnt werden und diese Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit vor allem infolge niedrigerer Lohn-, Sozial- und Umweltstandards gewinnen. Die Bewertung der Bildungschancen sollte ebenfalls unterschiedlich ausfallen, sofern Gewerkschaftsmitglieder eine überdurchschnittliche Präferenz für Ergebnisgleichheit haben und den Staat im Vergleich zu den Nicht-Organisierten stärker in der Pflicht sehen, auch bildungsfernen Bevölkerungskreisen den Zugang zu Bildung zu erleichtern.

Tabelle 2 fasst die Ergebnisse zu den wirtschaftspolitischen Einstellungen zusammen. Bei den Themen „Staatseingriffe“ und „Weltmarktöffnung“ zeigen sich zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern deutliche, bei den Themen „soziale Sicherung“ und „Umverteilung“ aber nur geringe Bewertungsunterschiede. Die Unterschiede sind bis auf die Aussage zur „Umverteilung“ bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent statistisch signifikant. Dies zeigt ein Vergleich der Mittelwerte aus den beiden Fallgruppen (t-Test). Der Aussage „Die Politik sollte sich aus der Wirtschaft heraushalten“ widersprechen zwei Drittel der Gewerkschaftsmitglieder und knapp 60 Prozent der Nicht-Mitglieder. Wie erwartet, ist der Wunsch nach staatlichen Eingriffen in Marktprozesse unter Organisierten ausgeprägter.

Bei der Aussage „Soziale Sicherung sollte das wichtigste Ziel der Regierungspolitik sein“ findet sich in beiden Arbeitnehmergruppen eine überwältigende Zustimmung von über 80 Prozent. Die Aussage „Einkommen und Wohlstand sollten zugunsten der einfachen Leute umverteilt werden“ wird von beiden Gruppen zwar nahezu gleich bewertet. Hier liegt der Zustimmungsgrad aber mit jeweils gut zwei Dritteln deutlich unter dem Zustimmungsgrad bei der sozialen Sicherung. Die Antworten zeigen, dass unter den Arbeitnehmern ein aus-

geprägter Wunsch nach einer staatlichen Politiksteuerung besteht, die den Fokus auf die soziale Sicherung legt. Zudem gibt es eine große Präferenz zugunsten staatlicher Umverteilung, und zwar sowohl bei den Organisierten als auch bei den Nicht-Organisierten.

Tabelle 2

Wirtschaftspolitische Einstellungen der Arbeitnehmer

Angaben für Deutschland im Jahr 2008 in Prozent der jeweiligen Gruppe

Aussage	Zustimmungsgrad	Organisierte	Nicht-Organisierte	Alle Arbeitnehmer
Soziale Sicherung: Soziale Sicherung sollte das wichtigste Ziel der Regierungspolitik sein.	Voll	57,9	47,9	49,8
	Eher	28,1	36,2	34,6
	Summe positiv	86,0	84,1	84,4
	Eher nicht	6,8	6,5	6,6
	Gar nicht	0,4	1,3	1,2
	Summe negativ	7,2	7,8	7,8
Umverteilung: Einkommen und Wohlstand sollten zugunsten der einfachen Leute umverteilt werden.	Voll	41,7	37,4	38,3
	Eher	26,4	29,8	29,1
	Summe positiv	68,1	67,2	67,4
	Eher nicht	8,9	12,1	11,5
	Gar nicht	5,5	5,9	5,8
	Summe negativ	14,4	18,0	17,3
Weltmarktöffnung: Die weitere Öffnung der Weltmärkte dient dem Wohl aller.	Voll	16,6	22,8	21,6
	Eher	24,5	27,2	26,6
	Summe positiv	41,1	50,0	48,2
	Eher nicht	30,1	23,6	24,9
	Gar nicht	11,8	8,6	9,2
	Summe negativ	41,9	32,2	34,1
Staatseingriffe: Die Politik sollte sich aus der Wirtschaft heraushalten.	Voll	5,2	8,4	7,8
	Eher	15,1	17,7	17,2
	Summe positiv	20,3	26,1	25,0
	Eher nicht	42,2	38,2	39,0
	Gar nicht	24,1	21,6	22,1
	Summe negativ	66,3	59,8	61,1
	Weder noch	13,4	14,2	14,0

Anzahl der Antworten: 1.182 bis 1.217.

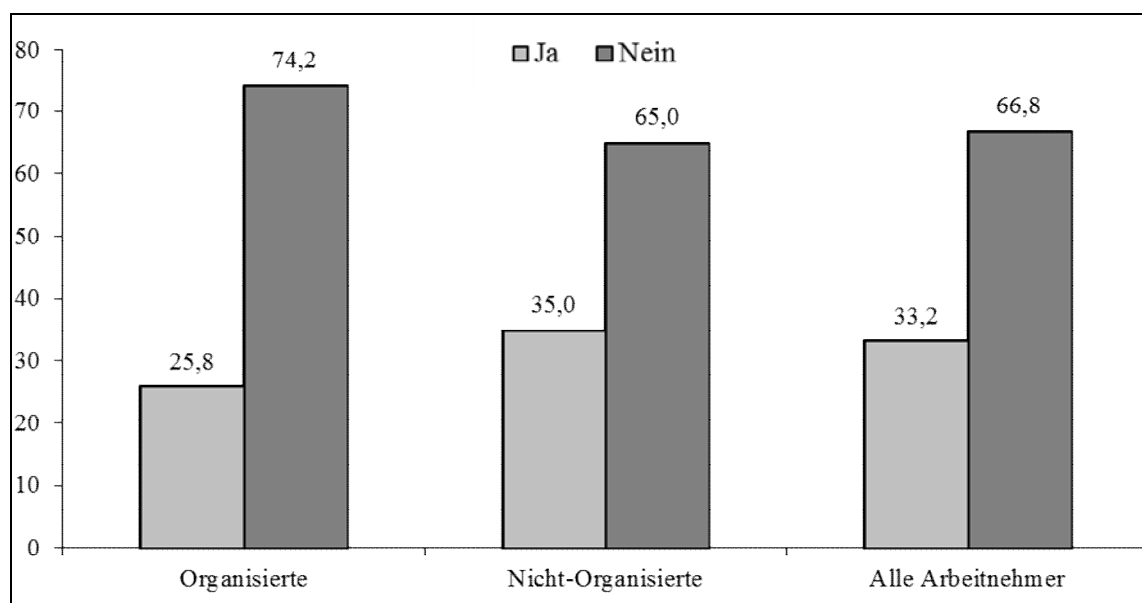
Quellen: ALLBUS 2008; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Aussage „Die weitere Öffnung der Weltmärkte dient dem Wohl aller“ beurteilen Organisierte und Nicht-Organisierte unterschiedlich. Bei den Nicht-Organisierten stimmt dieser Aussage jeder Zweite zu, während jeder Dritte eine ablehnende Haltung äußert. Die Gewerkschaftsmitglieder stimmen zu rund 9 Prozentpunkten weniger zu, und sie lehnen diese Idee zu knapp 10 Prozentpunkten häufiger ab. Bemerkenswert ist aber auch, dass Gewerkschaftsmitglieder in dieser Frage gespalten sind. Zustimmung und Ablehnung halten sich in dieser Arbeitnehmergruppe die Waage.

Abbildung

Bewertung der Bildungschancen

Angaben für Deutschland im Jahr 2008 in Prozent der jeweiligen Gruppe; Frage: „Hat bei uns jeder die Möglichkeit, sich ganz nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden?“



Anzahl der Antworten: 1.185.

Quellen: ALLBUS 2008; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Auch die Bildungschancen werden unterschiedlich beurteilt (Abbildung). Die Frage „Hat bei uns heute jeder die Möglichkeit, sich ganz nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden?“ bejahten 25,8 Prozent der Organisierten und 35,0 Prozent der Nicht-Organisierten. Dies entspricht einer Differenz von mehr als 9 Prozentpunkten, die statistisch signifikant ist. Werden die Ausbildungsmöglichkeiten schon im Durchschnitt der Arbeitnehmer skeptisch beurteilt, fällt das Votum der Organisierten deutlich schlechter aus.

Verteilungspolitische Einstellungen der Arbeitnehmer

Bei den Aussagen zu den verteilungspolitischen Einstellungen wurde eine vierstufige Antwortskala von „stimme voll zu“ bis „stimme gar nicht zu“ vorgelegt. Auch bei diesem Themenkomplex sind aufgrund der unterschiedlichen politischen Orientierung Bewertungsunterschiede zwischen Organisierten und Nicht-Organisierten zu erwarten. Die bestehenden sozialen Ungleichheiten dürften von Gewerkschaftsmitgliedern kritischer beurteilt werden. Unklar ist, ob Gewerkschaftsmitglieder Einkommensunterschieden eine geringere Motivationswirkung zuschreiben als die nichtorganisierten Arbeitnehmer. Zwar dürften sie eine stärkere Präferenz zugunsten einer eher egalitären Einkommensverteilung haben, dies könnte aber dadurch überlagert werden, dass monetären Leistungsanreizen auch von Gewerkschaftsmitgliedern eine hohe Wirksamkeit zugeschrieben wird. Tabelle 3 fasst die

Ergebnisse der drei Aussagen zusammen. Bei den Aussagen „Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen“ und „Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht“ bestehen zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern durchaus Unterschiede. Gewerkschaftsmitglieder beurteilen die Motivationsfunktion von Einkommensdifferenzen zurückhaltender und die bestehenden sozialen Unterschiede kritischer als Nicht-Organisierte. Beide Unterschiede sind allerdings statistisch insignifikant.

Tabelle 3

Verteilungspolitische Einstellungen der Arbeitnehmer

Aussage	Zustimmungsgrad	Organisierte	Nicht-Organisierte	Alle Arbeitnehmer
Einkommensdifferenz: Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen.	Voll	20,4	24,5	23,7
	Eher	30,9	31,8	31,6
	Summe positiv	51,3	56,3	55,3
	Eher nicht	29,6	29,5	29,5
	Gar nicht	19,1	14,3	15,2
	Summe negativ	48,7	43,8	44,7
Rangunterschiede: Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.	Voll	12,4	13,5	13,3
	Eher	34,6	33,4	33,6
	Summe positiv	47,0	46,9	46,9
	Eher nicht	33,3	35,5	35,1
	Gar nicht	19,7	17,6	18,0
	Summe negativ	53,0	53,1	53,1
Soziale Unterschiede: Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht.	Voll	4,7	4,5	4,5
	Eher	14,8	19,5	18,6
	Summe positiv	19,5	24,0	23,1
	Eher nicht	41,9	45,1	44,5
	Gar nicht	38,6	30,9	32,4
	Summe negativ	80,5	76,0	76,9

Anzahl der Antworten: 1.187 bis 1.214.

Quellen: ALLBUS 2008; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Dass Einkommensdifferenzen die Motivation erhöhen, glaubt in beiden Arbeitnehmergruppen eine Mehrheit: 51,3 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder und 56,3 Prozent der Nicht-Mitglieder. Ungleichheit wird also durchaus akzeptiert. Allerdings spaltet diese Aussage beide Arbeitnehmergruppen. Die bestehenden sozialen Unterschiede schießen im Urteil der Arbeitnehmer aber offenbar über diese Anreizfunktion hinaus. Fast 81 Prozent der Organisierten bezeichnen die bestehenden sozialen Unterschiede als ungerecht, bei den Nicht-Organisierten finden das immerhin gut drei Viertel.

Der Aussage „Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat“ stimmt

mit 47 Prozent in beiden Gruppen knapp die Hälfte zu; 53 Prozent lehnen sie ab. Gewerkschaftsmitglieder akzeptieren Rangunterschiede demnach in gleicher Weise wie Nicht-Organisierte. In beiden Gruppen stehen sich aber fast gleich große Lager von Befürwortern und Skeptikern gegenüber.

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten: Gewerkschaftsmitglieder bewerten Staatseingriffe positiver sowie die Realisierung des politischen Ziels, gleiche Bildungschancen zu gewährleisten, und die Folgen der Globalisierung negativer als Nicht-Organisierte. Zudem schätzen sie soziale Unterschiede kritischer ein. Diese Differenzen fallen innerhalb der beiden Gruppen jedoch gering aus.

Gewerkschaftspositionen im Vergleich

Im Folgenden werden wichtige wirtschaftspolitische Positionen der Gewerkschaften dargestellt, und es wird diskutiert, inwieweit diese den Präferenzen ihrer Mitglieder entsprechen. Die Grundlage dafür bilden Reden, Diskussionsbeiträge und Positionspapiere. Darüber hinaus wird untersucht, wo Unterschiede zu den Einstellungen der Nicht-Mitglieder bestehen. Gewerkschaftspolitik wird lediglich in einen Kontext zu den oben dargestellten wirtschaftspolitischen Präferenzen der Arbeitnehmer gestellt. Es geht nicht darum, die vorgeschlagenen Maßnahmen im Hinblick auf ihre ökonomische Überzeugungskraft oder ihren ökonomischen Sinn zu bewerten. Die Übersicht zeigt die gewerkschaftlichen Positionen hinsichtlich der Themen Bildung, Umverteilung, soziale Sicherung, Staatseingriffe und Weltmarktöffnung. Dem DGB kommt als Dachverband vor allem die Funktion eines politischen Sprachrohrs seiner Einzelgewerkschaften zu. Entsprechend bringt auch er wirtschaftspolitische Vorschläge in die politischen Debatten mit ein. Unter den acht Einzelgewerkschaften des DGB gibt es aber wachsende Bestrebungen, sich selbst zu profilieren. Aus diesem Grund wurden auch die Positionen der drei mitgliederstärksten DGB-Einzelgewerkschaften, IG Metall, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und IG Bau, Chemie, Energie (IG BCE), ausgewertet.

Der DGB (2008) fordert beim Thema **Bildung** unter anderem mehr öffentliche Investitionen zum Ausbau der Ganztagschulen und zur Durchsetzung eines Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz. In die gleiche Richtung gehen Forderungen von ver.di (2009a). Sie zielen auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ab. Mehr Bildungsangebote sind aber auch eine Voraussetzung dafür, dass sich der Zugang bildungsferner Bevölkerungsgruppen zur Bildung verbessert. Mit dem Eintreten für mehr Chancengleichheit trägt der DGB vor allem der skeptischen Beurteilung von Bildungschancen unter den Organisierten, aber auch einer Mehrheit der Nicht-Organisierten Rechnung.

Übersicht

Auswahl wirtschaftspolitischer Gewerkschaftspositionen 2008–2010

	DGB	IG Metall	IG BCE	ver.di
Bildung	Mehr öffentliche Investitionen für Bildung (Rechtsanspruch auf Kitas; flächendeckende Ganztagschulen); Förderung kommunaler Investitionen in Schulen; Kurzarbeit für Weiterbildung nutzen.	Kurzarbeit mit Qualifizierung verbinden; eine Extrabesteuerung hoher Einkünfte zur Finanzierung von Bildung und Innovation.	Verlängerung der Ausbildungszeit um ein Jahr für lernschwache Jugendliche.	Anspruch auf einen kostenlosen Platz in der Kinderbetreuung; Ausbau aller Schulen zu Ganztagschulen, Verdoppelung der Studienplätze.
Umverteilung	Steuerreform mit Entlastung geringer und mittlerer Einkommen und Belastung höherer Einkommen (höherer Spitzensteuersatz, Vermögensteuer); Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde.	„Solidarische Einfachsteuer“ zur Entlastung unterer und mittlerer Einkommen (u. a. höherer Spitzensteuersatz, Vermögensteuer, höherer Körperschaftsteuersatz, höhere Besteuerung von Einkommen aus Kapitalvermögen).	Keine generellen Steuerensenkungen; Indexierung des Steuertarifs; Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 46 Prozent; Anhebung der Reichensteuer von 45 auf 49 Prozent; Anhebung der Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge von 25 auf 35 Prozent; gesetzlich verbindliche Mindestlöhne, wo kein Tarifvertrag existiert.	Mindestlohn auf bis zu 9 Euro je Stunde anheben; Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen; Anhebung des Spitzensteuersatzes (auf 50 Prozent), Reichensteuer (53 / 80 Prozent); Vermögensteuer; höhere Erbschaft- und Körperschaftsteuer; Einbeziehung von Selbstständigen und Freiberuflern in die Gewerbesteuer.
Soziale Sicherung	Anheben des steuerfreien Existenzminimums und der Hartz-IV-Regelsätze; Krankenversicherung; paritätische Finanzierung (Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpause“); Einbeziehung weiterer Einkommensarten durch Bürgerversicherung; Rente: Erwerbstätigenversicherung (gemeinsames Konzept mit IGM, ver.di u. a., nicht mit IG BCE); staatlich geförderte Altersteilzeit wieder einführen; um ein Jahr vorgezogener Rentenbezug (ab 62. Lebensjahr); verlängerte Bezugsdauer von ALG I bereits fünf Jahre früher.	Hartz-IV-Sätze anheben; branchenbezogene Mindestlöhne auf Basis von Tarifverträgen; Einbeziehung von Managern, Beamten, Selbstständigen und Politikern in die gesetzliche Rente (Erwerbstätigenversicherung); flexible Übergänge in die Rente und Wiedereinführung der gesetzlich geförderten Altersteilzeit; Krankenversicherung: Bürgerversicherung (alle Erwerbstätigen und alle Einkommensarten); Verlängerung des ALG I für Ältere auf 36 Monate.	Arbeitsmarktpolitische Förderung der Altersteilzeit; Erwerbstätigenversicherung; reguläre Rente nach 45 Beitragsjahren; Bezugsdauer von Arbeitslosengeld soll sich bis zu fünf Jahre nach Abschluss einer Qualifizierungsmaßnahme um die Dauer dieser Maßnahme verlängern; Rückkehr zur vollständig paritätischen Beitragsfinanzierung in der GKV, kategorische Ablehnung der Ausweitung der Zusatzbeiträge; Bürgerversicherung; Nullrunden für Ärzte und Krankenhäuser, Einsparpotenziale bei Apotheken erschließen.	Längere Bezugsdauer für das ALG I (für die über 50-Jährigen 24 Monate); höherer Hartz-IV-Regelsatz; Bürgerversicherung (Einbeziehung weiterer Erwerbstätiger und weiterer Einkommensarten); staatlich geförderte Altersteilzeit wieder einführen; Erwerbstätigenversicherung statt „Rente mit 67“.
Staatseingriffe/ Weltmarktöffnung	Konsumschecks; Verschrotungs- und Umweltprämie (Abwrackprämie); Regulierung der Finanzmärkte (u. a. Finanztransaktionssteuer auf alle Finanztransaktionen; Unterstützung der Kampagne „Regulate Global Finance Now“); Lohnuntergrenze für Zeitarbeiter; Kurzarbeit offensiv nutzen; Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen bei längerer Kurzarbeit mit Beschäftigungssicherung verbinden; Konjunkturprogramme.	Kurzarbeit offensiv nutzen; Kosten für kleine und mittlere Unternehmen reduzieren; Zeitarbeitnehmer in der Krise besser schützen (Einführung von Kurzarbeit für Zeitarbeitnehmer); Finanztransaktionssteuer (Unterstützung der Kampagne „Regulate Global Finance Now“).	Befristung von Arbeitsverhältnissen begrenzen; Leiharbeit: nur zum Auffangen von Beschäftigungsspitzen; „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ („equal pay“), Wiedereinführung des Synchronisationsverbots.	Finanztransaktionssteuer; umfassende Regulierung der Finanzmärkte, Kampagne „Regulate Global Finance Now“; Kosten der Unternehmen bei Kurzarbeit senken (Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge).

Das Thema **soziale Sicherung** greift der DGB unter anderem mit Vorschlägen zu der Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), mit seiner Ablehnung der „Rente mit 67“, der Befürwortung einer Wiedereinführung der gesetzlich geförderten Altersteilzeit und der Forderung nach einer armutsfesten Ausgestaltung von Sozialleistungen auf (DGB, 2009; Sommer, 2010). Der Dachverband und seine Einzelgewerkschaften wenden sich bei der Krankenversicherung gegen die Pläne zur Einschränkung der paritätischen Finanzierung. Die Finanzierung der Gesundheitsleistungen soll über eine Bürgerversicherung gesichert werden, die alle Erwerbstätigen und möglichst viele Einkunftsarten einbezieht. Um Sozialleistungen armutsfest zu gestalten, sollen das steuerfreie Existenzminimum und die Hartz-IV-Regelsätze angehoben werden (DGB, 2008). Bei den Einzelgewerkschaften finden sich vergleichbare Forderungen. Alle Gewerkschaften plädieren ferner dafür, Manager, Beamte, Selbstständige und Politiker in die Gesetzliche Rentenversicherung zu integrieren (Erwerbstätigenversicherung), wobei sich DGB, ver.di und IG Metall auf ein gemeinsames Konzept verständigt haben. Außerdem fordern die Gewerkschaften eine längere Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I (ALG I).

Mit dem Festhalten an der paritätischen Finanzierung soll eine Verschiebung der Kosten zulasten der Arbeitnehmer vermieden werden, die Berücksichtigung von Kapital- oder Mieteinkommen soll ebenso wie das Einbeziehen aller Erwerbstätigen eine breitere und damit auch „gerechtere“ Finanzierung ermöglichen. Diese Vorschläge zielen nicht nur auf die soziale Sicherung ab. Sie sind auch mit verteilungspolitischen Wirkungen verbunden. Es ist zu vermuten, dass Forderungen nach einem früheren Renteneintrittsalter oder einer Wiedereinführung der gesetzlich geförderten Altersteilzeit bei den potenziell begünstigten Arbeitnehmergruppen auf Zustimmung stoßen. Aufgrund der hohen Umverteilungspräferenz dürften viele Arbeitnehmer eine breitere Finanzierung der Sozialversicherungssysteme befürworten. Soweit Arbeitnehmer aber antizipieren, dass die Kosten für den Ausbau der sozialen Sicherung nicht vollständig auf Selbstständige oder Unternehmen abgewälzt werden können, sondern teilweise durch die Arbeitnehmer selbst finanziert werden müssen, dürfte deren Zustimmung geringer ausfallen. Trotz Umverteilungsneigung ist zu beachten, dass die individuelle Gerechtigkeitswahrnehmung nicht nur von Bedarfskriterien beeinflusst wird, sondern auch Leistungskriterien eine wichtige Rolle zufällt (Liebig/Schupp, 2008; Heinemann/Hennighausen, 2010; Lesch/Bennett, 2010). Geht die Begünstigung von nicht erwerbstätigen Personen – etwa über höhere Hartz-IV-Sätze – über den Bedarf hinaus, könnte dies von vielen Arbeitnehmern als ungerecht empfunden werden und auf Ablehnung stoßen. Forderungen nach einer längeren Bezugsdauer des ALG I sind eng mit den Bedürfnissen der Beschäftigten verknüpft. Die Zustimmungsbereitschaft hängt wiederum

davon ab, in welchem Umfang die Arbeitnehmer eine längere Bezugsdauer etwa über höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung selbst finanzieren sollen.

Bei dem Thema **Umverteilung** plädieren der Dachverband und die Einzelgewerkschaften übereinstimmend für eine Entlastung geringer und mittlerer Einkommen sowie einer stärkeren Belastung höherer Einkommen. Unterschiede gibt es in den Details, zum Beispiel bei der Höhe des Spitzensteuersatzes, den die IG Metall (2007) von 42 auf 45, die IG BCE (2010, 3) auf 46 Prozent und ver.di (2009b, 5) auf 50 Prozent anheben will, oder bei der Reichensteuer. Hier schlägt ver.di sogar einen Steuersatz von bis zu 80 Prozent vor. Außerdem soll die seit 1997 nicht mehr erhobene Vermögensteuer wieder eingeführt und die Erbschaftsteuersätze sollen erhöht werden. Zwar räumen auch die Gewerkschaften ein, dass der deutsche Steuertarif progressiv gestaltet ist und 10 Prozent der Steuerpflichtigen etwas mehr als die Hälfte der Lohn- und Einkommensteuer zahlen. Die oberen 10 Prozent verfügten aber auch über 35 Prozent des Einkommens aller Steuerzahler. Außerdem müsse auch die Wirkung anderer Steuern (Mehrwertsteuer, Energie- und Stromsteuer) in den Blick genommen werden. Aufgrund der höheren Konsumneigung träfen diese indirekten Steuern vor allem die Bezieher niedriger Einkommen (ver.di, 2009b, 10).

Ob diese Vorschläge bei den Mitgliedern auf eine ungeteilte Zustimmung stoßen, lässt sich aus den ermittelten verteilungspolitischen Einstellungen nicht eindeutig beantworten. Richtig ist, dass die Arbeitnehmer insgesamt eine hohe Umverteilungspräferenz haben. Einerseits werden die bestehenden sozialen Unterschiede hierzulande von fast 81 Prozent der Organisierten und von 76 Prozent der Nicht-Organisierten als nicht gerecht bewertet. Andererseits werden Einkommensdifferenzen ebenso wie Rangunterschiede in einem recht hohen Maß akzeptiert. Daraus lässt sich folgern, dass eine Mehrheit von Arbeitnehmern eine über das bestehende Maß hinausgehende Umverteilung begrüßen würde – zumal ja auch eine Mehrheit davon begünstigt wäre, weil nur eine Minderheit dafür aufkäme. Wie weit die Umverteilungspräferenz aber geht, ist unklar. Wer soziale Unterschiede in einem stärkeren Ausmaß als bisher über die Umverteilung von Einkommen reduzieren will, muss beachten, dass Gerechtigkeitsurteile auch davon abhängen, ob sich Leistung lohnt (Lesch/Bennett, 2010). Umverteilung ist nur ein Instrument, mit dem sich soziale Unterschiede zumindest abbauen lassen. Stärker trägt hierzu eine bessere und breitere Bildung bei.

Der Staat soll nach Auffassung der Gewerkschaften aber nicht nur Markteinkommen umverteilen. Er soll generell lenkend in das Marktgeschehen eingreifen (Bsirske, 2010, 92). Solche **Staatseingriffe** seien vor allem in der Krise erforderlich (Burkhard, 2010, 40). Das vom DGB Ende 2008 vorgelegte Konjunktur- und Wachstumsprogramm soll „Impulse für

ein dauerhaftes qualitatives Wachstum und mehr Beschäftigung setzen“ (DGB, 2008, 2). Es war eine Mischung aus öffentlichen Investitionen und Konsumanreizen für Bezieher geringer und mittlerer Einkommen. Zu den Maßnahmen zur Stärkung des Konsums der privaten Haushalte gehörten einmalige Impulse wie Konsumschecks und eine Abwrackprämie (bestehend aus einer Verschrottungsprämie für Alt-Pkws und einer Umweltprämie beim Kauf eines emissionsarmen Fahrzeugs). DGB (2008, 15), IG Metall (2008, 4) und ver.di (2009a, 8) setzten beschäftigungspolitisch darüber hinaus intensiv auf die Nutzung von Kurzarbeit, um möglichst viele Entlassungen in der Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 zu verhindern. Nachdem die Bundesregierung in diesen beiden Jahren zwei Konjunkturpakete verabschiedet hatte, forderte ver.di im Frühjahr 2009 darüber hinaus ein drittes Konjunkturpaket (ver.di, 2009a). Vor allem den Vorschlag einer Abwrackprämie verbuchten die Gewerkschaften als eigenen Erfolg, weil dieser von der Politik im Inland und Ausland aufgegriffen wurde (Burkhard, 2010, 41).

Schon lange vor Ausbruch der Krise traten die Gewerkschaften als Kritiker einer „neoliberalen“ Wirtschaftspolitik auf, die auf Deregulierung, Privatisierung und möglichst viel Markt setzt (Sommer, 2010, 61). Die **Globalisierung** wurde weniger kritisiert. Schließlich profitiert Deutschland als exportorientierte Volkswirtschaft von offenen Märkten. Durch die Exporterfolge verfügt Deutschland im internationalen Vergleich zudem über viele gut bezahlte Arbeitsplätze in der Industrie. Sie stellen eine wichtige organisatorische Basis dar. Die Gewerkschaften bemängeln aber, dass die deutsche Volkswirtschaft zu exportorientiert sei (Bsirske, 2010, 88). Außerdem wird die internationale Finanzwirtschaft kritisiert. DGB, IG Metall und ver.di sind Mitglieder der Aktion „Regulate Global Finance Now“, zu der sich in Europa und in den USA Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Bürger und Politiker zusammengeschlossen haben. Im Rahmen dieser Initiative fordern die Gewerkschaften eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte. Sie befürworten, dass die Kosten der Finanzspekulation auch von den Verursachern gezahlt werden und dass das Wachstum der Realwirtschaft nicht durch eine restriktive Kreditvergabe der Banken behindert wird (Sommer, 2010, 66). Die intensive öffentliche Debatte über die Finanzkrise lässt vermuten, dass Forderungen nach einer stärkeren Finanzmarktregulierung innerhalb der organisierten und nichtorganisierten Arbeitnehmergruppen weniger kontrovers beurteilt werden als die Auswirkungen offener Weltmärkte. Ob die Gewerkschaften mit diesem Engagement auf eine breite Zustimmung ihrer Mitglieder stoßen, ist unklar. Nachdem die Krise zu einem guten Teil überwunden wurde, dürfte sich bei einer Mehrheit der Arbeitnehmer kaum das Gefühl verfestigen, Hauptleidtragende der Krise gewesen zu sein. Hierbei hat sicherlich auch der massive Einsatz von Kurzarbeit geholfen, der maßgeblich dazu beitrug, dass der Wachstumseinbruch keinen Beschäftigungseinbruch nach sich zog. Zudem sind die

Tarif- und Effektivlöhne je Stunde 2008 und 2009 gestiegen, obwohl die gesamtwirtschaftliche Produktivität geschrumpft ist (Lesch, 2010).

Fazit

Eine Analyse der wirtschafts- und verteilungspolitischen Präferenzen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern zeigt Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Präferenzunterschiede bestehen im Hinblick auf die Bewertung von Staatseingriffen, der Globalisierung und der sozialen Ungleichheit. Nicht-Organisierte sind hier tendenziell wirtschaftsliberaler eingestellt. Präferenzunterschiede gibt es aber nicht nur zwischen den beiden Gruppen, sondern auch innerhalb der Gruppen. Das gilt für die Bewertung der Globalisierungsfolgen ebenso wie für die Bewertung von Einkommensdifferenzen und Rangunterschieden. Die Gewerkschaftsmitglieder und die Nicht-Organisierten sind keine homogenen Gruppen. Die gewerkschaftliche Programmatik trägt den Präferenzen der Mitglieder insgesamt stärker Rechnung als denen der Nicht-Mitglieder. Gewerkschaftliche Kernthemen wie soziale Sicherung und Verteilung sind auch bei den meisten Arbeitnehmern von Bedeutung. Der Wunsch nach sozialer Sicherheit ist nicht nur bei den Organisierten stark ausgeprägt, die bestehenden sozialen Unterschiede werden von einer großen Mehrheit aller Arbeitnehmer kritisch gesehen.

Literatur

Biebeler, Hendrik / Lesch, Hagen, 2006, Mitgliederstruktur der Gewerkschaften in Deutschland, in: IW-Trends, 33. Jg., Heft 4, S. 45–58

Biebeler, Hendrik / Lesch, Hagen, 2007, Zwischen Mitgliedererosion und Ansehensverlust: Die deutschen Gewerkschaften im Umbruch, in: Industrielle Beziehungen, 14. Jg., Heft 2, S. 133–153

Brinkmann, Ulrich / Nachtwey, Oliver, 2010, Krise und strategische Neuorientierung der Gewerkschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 13/14, S. 21–28

Bsirske, Frank, 2010, Die Rolle des Staates, in: Schneider, Guntram / Hemkes, Barbara (Hrsg.), Über den Tellerrand hinaus. Gewerkschaftliche Impulse für eine nachhaltige Bewältigung der Krise, Düsseldorf, S. 81–93

Burkhard, Oliver, 2010, Strategien gegen Massenarbeitslosigkeit, in: Schneider, Guntram / Hemkes, Barbara (Hrsg.), Über den Tellerrand hinaus. Gewerkschaftliche Impulse für eine nachhaltige Bewältigung der Krise, Düsseldorf, S. 37–43

DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund, 2008, Das DGB-Konjunktur- und Wachstumsprogramm, Dezember, Berlin

DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund, 2009, Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Gesetzentwurf der CDU/CSU und der SPD „Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung Beschäftigung und Stabilität in Deutschland, BT-Drs. 16/11740“ sowie zu den Gesetzentwürfen und Anträgen BT-Drs. 16/11741, BT-Drs. 16/11742 und BT-Drs. 16/8538 betreffend die Kfz-Steuer, Berlin, 06.02.2010, in: Deutscher Bundestag, Ausschussdrucksache 16(9)1396, Berlin

Enste, Dominik H. / Haferkamp, Alexandra / Fetchenhauer, Detlef, 2009, Unterschiede im Denken zwischen Ökonomen und Laien – Erklärungsansätze zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Beratung, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 10. Jg., Heft 1, S. 60–78

Greven, Thomas / Schwetz, Wilfried, 2008, Transnationale Lernprozesse – Erfahrungen mit der grenzüberschreitenden Verbreitung gewerkschaftlicher Strategien, in: WSI-Mitteilungen, 61. Jg., Heft 1, S. 25–30

Haipeter, Thomas, 2010, Erneuerung aus der Defensive? Gewerkschaftliche Perspektiven der Tarifabweicheung, in: WSI-Mitteilungen, 63. Jg., Heft 6, S. 283–290

Heinemann, Friedrich / Hennighausen, Tanja, 2010, Don't Tax Me? Determinants of Individual Attitudes Toward Progressive Taxation, in: ZEW Discussion Paper, Nr. 10–017, Mannheim

IG BCE – Bergbau, Energie, Chemie, 2010, Einkommensteuerreform, Wirtschaftsinfo, Nr. 1, Hannover

IG Metall, 2007, Wir haben Alternativen! Solidarische Einfachsteuer, Frankfurt am Main

IG Metall, 2008, Arbeitsplätze sichern, Konjunktur stabilisieren, Zukunft gestalten: Keine Entlassungen in 2009, Frankfurt am Main

IW Köln – Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2009, Gewerkschaften: Liberales Lager wächst, in: iwd, 35. Jg., Nr. 50, S. 2

Knyphausen-Aufseß, Dodo / Linke, René / Nikol, Petra, 2010, Die deutschen Gewerkschaften: Ein Review der aktuellen Forschungsliteratur, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 80. Jg., Heft 5, S. 561–609

Lesch, Hagen, 2010, Lohnpolitik 2000 bis 2009 – Ein informelles Bündnis für Arbeit, in: IW-Trends, 37. Jg., Heft 1, S. 77–90

Lesch, Hagen / Bennett, Jenny, 2010, Arbeit und Fairness, Die Suche nach dem gerechten Lohn, IW-Analysen, Nr. 59, Köln

Liebig, Stefan / Schupp, Jürgen, 2008, Leistungs- oder Bedarfsgerechtigkeit? Über einen normativen Zielkonflikt des Wohlfahrtsstaats und seiner Bedeutung für die Bewertung des eigenen Einkommens, in: Soziale Welt, Heft 59, S. 7–30

Rehder, Britta, 2008, Revitalisierung der Gewerkschaften? Die Grundlagen amerikanischer Organisierungserfolge und ihre Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse, in: Berliner Journal für Soziologie, 18. Jg., Heft 3, S. 432–456

Schnabel, Claus / Wagner, Joachim, 2007, The Persistent Decline in Unionization in Western and Eastern Germany, 1980 – 2004: What Can We Learn from a Decomposition Analysis?, in: Industrielle Beziehungen, 14. Jg., Nr. 2, S. 118–132

Sommer, Michael, 2010, Grundsatzreferat anlässlich der Wiederwahl zum DGB-Vorsitzenden am 17.5.2010, in: DGB (Hrsg.), Tagungsprotokoll zum DGB-Bundeskongress, v. 17.05.2010, S. 61–71

TNS Infratest Politikforschung, 2008, Summary RT*M-DGB, unveröffentlichte Umfrage im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, 2009a, Sozialökologisch umsteuern – solidarisch finanzieren. Vorschläge der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für ein drittes Konjunkturpaket, Berlin

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, 2009b, Konzept Steuergerechtigkeit. Gerechte Steuern für mehr Zukunftsvorsorge, Berlin

Visser, Jelle, 2002, Why Fewer Workers Join Unions in Europe: A Social Custom Explanation of Membership Trends, in: British Journal of Industrial Relations, Vol. 40, Nr. 3, S. 403–430

Employees' Preferences and Trade Union Policy – Empirical Answers

An analysis of the general social survey of the social sciences (ALLBUS) shows that in 2008 only one out of five employees in Germany was unionized. A lot of unions therefore concentrate on recruiting new members. Even though the company is the relevant place to win newcomers, the tendency to join is also affected by the unions' political positions. An analysis of employees' attitudes regarding economic policies shows that union members are more inclined to favor government regulation than non-members. They are also more critical in regard to educational opportunities, the effects of globalization and social inequalities than non-members. The analysis of the union policies shows that their activities are more in line with the interests of their members than with those of non-members.